

Avanti O.

Beilage
Erinnerung:
Ernest Mandel (1923 – 1995)

ISO Oberhausen / Duisburg

2020 Das Virus: Kapitalismus



Die Lösung: Solidarität

2021

INHALT

TITEL

01 Das Virus heißt Kapitalismus

02 EDITORIAL/INHALT

KRISE

03 KRISE

Das Virus heißt Kapitalismus

ANTIFASCHISMUS

02 Brandmauern bauen

AfD ist unerwünscht

04 Integrationsrat

Wer wird vertreten?

PFLEGENOTSTAND

06 Gesunde Krankenhäuser

Unterstützt die Volksinitiative!

07 Gesundheit als Ware

AMEOS und Contilia

VERKEHRSWENDE

08 Mehr Platz! Fürs Rad!

Der kommt nicht von allein

09 Vernetzung I

Wer, wenn nicht wir?

10 Vernetzung II

Startbahn frei – für die Wende!

EDITORIAL

*Liebe Leser*innen,*Hurra! Wir leben noch. Ein halbes Jahr keine *Avanti O.*, denn SARS-CoV2 bestimmt, wie bei euch allen, auch unser Leben weiterhin.Auf S. 3 schreiben wir einige Überlegungen dazu. Nicht nur, weil sie auch in Sachen Covid unsere Gegner sind, sondern auch, weil sie Feinde sind von Demokratie und Solidarität (s.a. *Avanti O.* 68-69 April/Mai), müssen wir „Brandmauern“ gegen die AfD errichten (S. 2).

Auch der Integrationsrat der Stadt steht in absurder Verdrehung seines Namens ganz für eine erfolgreiche Okkupation durch Faschisten und Fanatiker (S. 4).

Wer Krankenhäuser zu Fabriken umbauen will, zerstört diese. Pflege- und Gesundheitssysteme dürfen nicht weiter abgebaut werden (S. 6 und 7).

Ganz anders unsere Verkehrssysteme. Die müssen schnellstens neu gedacht und weg von Lärm, Dreck und Ressourcenverschleiß umgebaut werden; z.B. fürs Rad (S. 8).

Wer soll nun aber dieses neoliberale Wunderland bezahlen? Wir Arbeiter*innen! (S. 11, 12, 13 und 14). Dagegen muss dringend etwas unternommen werden. Dafür aber müssen wir uns stützen und Mut machen und uns vernetzen (S. 9 und 10).

Solidarität ist unsere Waffe!

Eure Redaktion

INHALT

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

11 Statt Scherz, Satire ...

... die Kurzbiografie eines Lyrikers

12 „Is' halt so“

Klassenkampf im sozialen Sektor

13 Kahlschlag bei Karstadt/Kaufhof

Benko braucht keine Warenhäuser

14 Betriebsräte im Visier

Konferenz gegen Mobbing

IN EIGENER SACHE/TERMINE

16 Jetzt bestellen!

Deko gegen die Krise

16 Termine

THEORIEBEILAGE

01 Erinnerung

Ernest Mandel (1923 – 1995)

05 Ernest Mandel

Trotzkis Faschismustheorie

Brandmauern bauen

Protest gegen den Einzug der AfD in den Oberhausener Stadtrat

P. S.

Zum ersten Mal seit 1945 zieht mit der AfD wieder eine faschistische Partei in den Rat der Stadt Oberhausen ein.

Willkommen in Oberhausen (WIO) und *ES REICHT – Oberhausen solidarisch gegen Rechts* hatten darum gemeinsam für den 16.11.20 zu einer Protestkundgebung anlässlich der konstituierenden Ratssitzung aufgerufen.

Zahlreiche Menschen folgten dem Aufruf und fanden sich vor der Stadthalle ein.

Weil es hier wie anderswo keinen Raum für Rassismus und Faschismus geben darf, errichteten die Teilnehmer*innen eine symbolische Brandmauer vor dem Eingang der Stadthalle. Dem Zündeln der AfD durch Gewalt fördernde Hetze traten sie außerdem sinnbildlich mit Feuerlöschern entgegen.

Weitere Fotos und die Redebeiträge, die dort gehaltenen wurden, findet Ihr hier:

<https://esreicht-ob.de/protestaktion-vor-der-stadthalle-oberhausen-gegen-die-afd/> ■



Bau der symbolischen Brandmauer am 16. November 2020 vor der Luise-Albertz-Halle in Oberhausen.

Foto: Avanti O.

Das Virus heißt Kapitalismus

Die Lösung: Solidarität!

M. H. / H. N.

Der Kampf gegen die Corona-Pandemie ist angesichts der zweiten Welle noch mehr in den Mittelpunkt des Geschehens gerückt. Die neuen Corona-Verordnungen sind jedoch nicht geeignet, die Zahl der Erkrankungen und Todesfälle in Deutschland schnell, wirksam und dennoch langfristig zu bekämpfen.

Das wundert kaum, denn sie fokussieren auf den Aufschwung der Profite im Dienst des Großkapitals. Vor allem die bestimmenden Industriekonzerne, ihre Lieferketten und der Absatz ihrer Waren werden für unantastbar erklärt.

Ihr Versagen

Die herrschende Politik reagiert auf die 2. Welle der Pandemie mit chaotischen, oft wirkungslosen und daher unsinnigen „Maßnahmen“ („Beherbergungsverbot“, Verbot kultureller Veranstaltungen ...).

Da sie diese auf dem Verordnungsweg durchsetzt, demontiert sie nebenbei die „Herzkammer“ der parlamentarischen Demokratie. Zudem schränkt sie wesentliche Rechte unter dem Vorwand des Kampfes gegen COVID-19 ein.

Die herrschende Politik, aber auch die Leitungen sehr vieler Betriebe, Altenheime und Unterkünfte für Geflüchtete haben den langen Sommer nicht genutzt.

Offenkundige und schwerwiegende Mängel beim Gesundheitsschutz sind meist nicht behoben worden. Flächendeckende Umsetzung des seit 1996 geltenden Arbeitsschutzgesetzes an allen Arbeits- und Ausbildungsplätzen? Auf- und Ausbau eines der Gesellschaft dienenden, präventionsorientierten Gesundheitswesens in öffentlicher Hand? Abschaffung des Systems der Fallpauschalen? Ausreichendes, qualifiziertes Personal für den Pflegebereich – insbesondere für die Intensivstationen – und für die Gesundheitsämter? Gesellschaftlich kontrollierte und nicht profitorientierte Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen? Fehlanzeige!

Die herrschende Politik hat zudem versäumt, den Bildungsbe- reich technisch, organisatorisch und personell besser auszustatten, um sicheren Unterricht auch im Herbst und Winter gewährleisten zu können.

Ihre Offensive

Die Herrschenden nützen die „Corona-Krise“ für ihre Zwecke aus. Für sie sind das Zeiten, in denen sie meinen, manches noch besser durchdrücken zu können.

Wir sollen nicht nur brav arbeiten gehen. Nein, wir sollen uns ganz schnell digitalisieren und weiter flexibilisieren. Die Bosse haben die Zeichen der Zeit erkannt. Kurzarbeit kombiniert mit ausufernden Arbeitszeiten, Intensivierung von Arbeitsprozessen, Vernichtung von Arbeitsplätzen, Produktionsverlagerungen, Schließung von Firmen – lange gehegte Unternehmens-Pläne sind bereits verwirklicht oder sollen in den kommenden Monaten realisiert werden.

Gleichzeitig werden Betriebsräte, Vertrauensleute und aktive Kerne in Betrieben oft noch mehr unter Druck gesetzt. Sitzungen, Betriebsversammlungen, Beratungen und Weiterbildungen fallen sehr oft aus. Nur einiges kann digital aufgefangen werden.

Widerstand gegen diese Politik ist bitter nötig. Gleichzeitig gilt es, die menschenverachtende Querfront aus Corona-Leugner*innen und dem faschistischen Lager zu bekämpfen.

Unsere Alternativen

Wirksamer, gesetzlich garantierter Gesundheitsschutz für alle muss deshalb auch an erster Stelle stehen. Er hat die Aufgabe, in einem kontrollierbaren Kreislaufprozess die Ursachen von Gesundheitsgefährdungen ganzheitlich und planmäßig zu bekämpfen.

Aufklärung der Bevölkerung und Prävention ist dabei vorrangig. Nach wie vor fehlen aber eine systematische und kontinuierliche Unterrichtung aller sowie eine praktische Einübung der einfachen AHA-L-Regeln. Nach wie vor fehlen kostenlose und wirksame Schutzmasken für alle (FFP2). Es mangelt am Einsatz wirksamer Filteranlagen und am Ausbau der Angebote im Öffentlichen Nahverkehr. Geeignete Räume für Initiativen oder Vereine stehen oft nicht kostenlos zur Verfügung.

Die Überwindung dieser und anderer Probleme könnte uns voranbringen. Sie könnte dazu beitragen, dass das Alltagsleben und die Handlungsfähigkeit vieler Menschen und Organisationen verbessert werden. Nicht zuletzt in Bereichen wie der Kultur und dem Breitensport.

Solidarische Front jetzt!

Der Politik der Herrschenden gilt es entgegenzutreten, indem wir die Grund- und Menschenrechte verteidigen und Initiativen für direkte und aktivierende Demokratie entwickeln.

Eine den Interessen der Beschäftigten und Benachteiligten verpflichtete Politik setzt sich für den Aufbau demokratisch gewählter Komitees in allen Betrieben, Einrichtungen, Orten und Ortsteilen zur Umsetzung und Kontrolle der erforderlichen Gesundheitsschutzmaßnahmen ein.

Es gilt jetzt, die Bündelung und gegenseitige Unterstützung aller gegen die Kapitalinteressen gerichteten Bewegungen zu verstärken. Dies ist nur möglich durch ein organisiertes und organisierendes Eintreten für den Aufbau einer solidarischen Front. Nicht nur der sozialen Bewegungen, sondern auch der Gewerkschaften und der linken Organisationen. ■



Wandmalerei in Chemnitz, 26. Februar 2017.

Wessen Interessenvertretung? Der Integrationsrat Oberhausen

ES REICHT

8,22 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten sich am 13. September 2020 an der Wahl zum Oberhausener Integrationsrat, in Zahlen ganze 3.001 Menschen. 1.818 davon machten ihr Kreuz bei der Liste „Team Oberhausen“. Die Liste wird zukünftig mit 14 Menschen im Integrationsrat vertreten sein, als mit Abstand größte Fraktion. Ein guter Grund, sich genauer damit zu beschäftigen, wer zukünftig in diesem Gremium Diskussionen führen und Entscheidungen treffen soll.

Angeführt wird die Liste vom langjährigen SPD-Sozialpolitiker Ercan Telli – wie auch schon in den vergangenen Wahlperioden. Die Liste „Team Oberhausen“ firmierte bis dato unter dem Label „Internationale Liste / Türkisch Muslimische Liste“ (IL/TML).

Auf Listenplatz 2 steht, ebenfalls wie ehemals, der Unternehmer Muhammet Erdoğan. Auf seiner Facebookpräsenz zeigt er sich nicht nur als Anhänger des Autokraten Recep Tayyip Erdoğan, er teilte auch regelmäßig Beiträge der MHP-nahen QAnon-Seite „AntiQemalitz“. Die MHP ist eine offene faschistische Partei, die gemeinsam mit der AKP von Präsident Erdoğan die türkische Regierung stellt.

Ein weiterer Schwerpunkt seiner Social-Media-Publikationen bildet ein Sammelsurium der verschwörungstheoretischen Rechten, wie z.B. KEN FM oder Beiträge über die Demonstrationen der „Corona-Rebellen“.

Auf Listenplatz 5 findet sich Recep Kocaoğlu vom Verband der islamischen Kulturzentren VIKZ, seit Jahren der Vorsitzende der Moscheegemeinde an der Fahrhorststraße und seit Jahren Mitglied des Integrationsrates. Der VIKZ vertritt eine reaktionär sunnitische Auslegung des Islam.

Ditib stark vertreten

Ebenfalls prominent vertreten ist der Dachverband Ditib. Dieser ist direkt der Religionsbehörde Diyanet und damit der türkischen Regierung unterstellt. Ditib-Imame fielen u.a. dadurch auf, dass sie nach dem behaupteten Putschversuch in der Türkei 2016 Listen vermeintlicher Regierungskritiker*innen zusammenstellten und an die türkischen Verfolgungsbehörden übermittelten.

Die Folgen, Verhaftungen bei Einreiseversuchen und lange U-Haft-Zeiten, sind allgemein bekannt.

Die Oberhausener Ditib-Jugend fällt durch radikale Verlautbarungen auf. In den sozialen Medien laden sie Videos ihrer Sobhet (Schu-



Logo der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V.“



Logo der türkischen „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“.

lungseinheiten, in diesem Fall ausschließlich für männlich gelesene Teilnehmende), vornehmlich in deutscher Sprache, hoch.

Diese werden zumeist von Bilal Koçan, Chef der Jugendabteilung, geleitet. Sein Sprachduktus und seine Argumentation erinnern an salafistische Prediger. Gerne reckt er auch den ausgestreckten Zeigefinger in die Höhe. Die Geste erlangte beim sogenannten

„Islamischen Staat“ traurige Berühmtheit. Koçan fiel auch als Sänger der der „IYI-Parti“ nahestehenden Band „Grup Dirilis“ („Gruppe Auferstehung“) sowie durch Teilnahme an Veranstaltungen des faschistischen Türkischen Kulturvereins „Oberhausen Türk Kültür Ocağı (OTKO)“ auf. Es gibt Fotos, die ihn als Vorbeter während eines Märtyrergedenkens der männlichen OTKO-Jugend sowie unter dem Foto des Gründers der Partei MHP und bekennenden Hitlerverehrerers, Al-



Logo der türkischen Religionsbehörde Diyanet.



Logo der „Union of International Democrats“.

parslan Türkeş, zeigen.

Platz 6 der Liste „Team Oberhausen“ ist Ünal İlhan vorbehalten, intensiv engagiert in den Oberhausener Ditib-Gemeinden sowie auf Ditib-Landesebene. Auch İlhan ist schon

seit 2014 Mitglied des Integrationsrates.

İlhan, der sich selbst als „Sohn des Vezirs“ bezeichnet, zeigt in den sozialen Medien offen seine Sympathien für das türkische Regime und dessen Machenschaften. Er nimmt regelmäßig an Veranstaltungen von Ditib-Gemeinden teil, oftmals auch als Funktionär. Die inhaltliche Spannweite reicht dabei von Unverfänglichem über Gedenkveranstaltungen für „Märtyrer“ bis hin zum Besuch Erdoğan, damals türkischer Premierminister, in Düsseldorf am 27.02.2014.

Verbindung zu „Grauen Wölfen“

Der Zusammenhang der Liste „Team Oberhausen“ mit den „Grauen Wölfen“ wäre auch noch zu analysieren. Diese spalten sich in verschiedene Parteien/Vereine auf. Zum Beispiel in „Oberhausen Türk Kültür Ocağı“, der



IGMG

Logo der „Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş“.



Logo der türkischen „Partei der Glückseligkeit“.



Drei Halbmonde als Symbol osmanischer Expansion über drei Kontinente.



Der heulende Graue Wolf der Ergenekon Legende / Die zum Wolf geformte Hand als Zeichen türkischer Faschisten.

der Partei MHP nahe steht und den „Oberhausen Ufuk Kültür Denerği“, der der İYİ Partei nahe steht.

Der „Oberhausen Ufuk Kültür Denerği“ hat gleich zwei Plätze auf der Liste „Team Oberhausen“ bekommen. Yakup Sunar, Listenplatz 10, war 2018/19 stellvertretender Vorsitzender dieses Vereins. Ismail Ocak, Listenplatz 21, ist dort ebenso Mitglied.

Auf Platz 19 der Liste „Team Oberhausen“ kandidiert mit Mehmet Demirkoparan der Vorsitzende der Jugendabteilung der „Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş“ Oberhausen (IGMG), welche sich zur Ideologie Necmettin Erbakans bekennt, eines Islamisten und Antisemiten. Schon in der Vergangenheit wurden junge Menschen auf aussichtslose Listenplätze gesetzt, um sie an die Arbeit heran zu führen, und sie dann auf höheren Plätzen antreten zu lassen.

Demirkoparan bekennt sich auf Facebook zu Recep T. Erdoğan, zur MHP und natürlich zu Necmettin Erbakan.

Zahide Derin (Listenplatz 8) liked sowohl Recep T. Erdoğan als auch die oben erwähnte Oberhausener Band „Grup Dirilis“ von Bilal Koçan.

Auch Sener Dogan (Listenplatz 11) steht treu

zu Erdoğan und gegen den „Putsch“ vom Juli 2016.

Behcet Ciftci, Listenplatz 12, liked faschistoide Gruppen wie die oben angeführten.

Fazit

Auf der Liste „Team Oberhausen“ werden reaktionäre islamistische Strukturen repräsentiert, die sich weder mit dem Wahlkampf-spruch „0 % Rassismus 100 % Demokratie“, noch mit den Grundsätzen der freiheitlich demokratischen Grundordnung vereinbaren lassen.

Die minimale Wahlbeteiligung von knapp 8 Prozent lässt darauf schließen, dass der Integrationsrat nicht sonderlich viele Oberhausener Bürger*innen repräsentiert. Auch die Auswahl an Organisationen, die auf der stärksten Liste versammelt ist, unterstreicht dies. Repräsentiert sind konservativ-nationalistische Vereine und Moscheegemeinden und Anhänger*innen der repressiven türkischen Regierung.

Durch diese Umstände sichert sich der SPD-Kommunalpolitiker Ercan Telli die Stimmen der Vereinsmitglieder für seine Liste, einer Liste, die nur 1.818 von rund 36.500 möglichen Stimmen auf sich vereinen konnte.

Es ist nun an den gewählten Vertreter*innen der Demokratischen Immigranten-Liste sowie der Nigeria Voice in Diaspora, einen entsprechenden Umgang mit den Mitgliedern der Liste „Team Oberhausen“ zu finden. Dieser Aufgabe muss sich jedoch auch die SPD Oberhausen stellen, die zumindest mit der Vorgängerliste „Internationale Liste / Türkisch-Muslimische Liste“ in den letzten 15 Jahren eine offizielle Zusammenarbeit pflegte.

Dieser Artikel ist eine gekürzte Fassung des Beitrags „Integrationsrat Oberhausen – wer integriert hier eigentlich was?“, der am 23.10.2020 auf der Website www.esreicht-ob.de veröffentlicht wurde. Unter dem Original-Bertrag findet Ihr Fußnoten mit Links zu weiteren Informationen sowie Screenshots, die die Aussagen im Beitrag belegen. Die Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion der Avanti O. eingefügt. ■

Die abgebildeten Grafiken wurden der Broschüre *Niemand kann auf Dauer eine Maske tragen. Codes und Symbolik türkischer Faschisten in Deutschland* entnommen. Herausgegeben vom Bündnis antifaschistischer Strukturen Hessen www.antifabash.noblogs.org.

Link zur Broschüre:

https://raccoonsantifa.noblogs.org/files/2019/04/akr_brosch%C3%BCre.pdf

Unterstützt die Volksinitiative „Gesunde Krankenhäuser in NRW – für Alle!“

Die am 26. August 2020 mit einer Auftaktveranstaltung am Landtag gestartete Volksinitiative zielt auf ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen, das, mit guten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, seinem Versorgungsauftrag gerecht wird.

PETRA STANIUS

Pflegerkräfte erhalten Beifall, aber die Arbeitsbedingungen im Krankenhaus sind miserabel – nicht erst seit der Covid-19-Pandemie und nicht nur bei der Pflege am Bett.

Krankenhäuser werfen Profite ab, können aber die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung nicht mehr sicherstellen. Ein Teil der Krankenkassenbeiträge von Versicherten wird an Anteilseigner von privaten Konzernen ausgeschüttet, während Krankenhäuser verrotten und das zusammengestrichene, unterbezahlte Personal auf dem Zahnfleisch geht.

Kliniken oder einzelne Abteilungen werden geschlossen, weil sie „defizitär“ sind, obwohl sie weiterhin gebraucht werden.

Die nicht ganz jungen Leser*innen werden sich erinnern: Das war nicht immer so.

Gesundheitsversorgung: eine öffentliche Aufgabe

In den 1960er bis hinein in die 1980er Jahre wurden flächendeckend moderne Kliniken errichtet, um die Bevölkerung mit hochwertigen Gesundheitsleistungen zu versorgen. Das für den Bau, die Instandhaltung und das Betreiben von Krankenhäusern benötigte Geld wurde aus Steuermitteln bereitgestellt, weil es zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehörte.

Neoliberale Politik hat ab etwa Mitte der 1980er Jahre nicht „nur“ zum Beispiel den Wohnungsbau, den Verkehr oder die Energieversorgung, sondern auch das Gesundheitswesen von den Füßen auf den Kopf gestellt; und damit große Verheerungen angerichtet. Denn der Staat stellt seitdem den Grundbedarf der Bevölkerung nicht mehr sicher, sondern koppelt die Sicherung an ökonomische Kriterien. Und hat damit die Erfüllung seiner wesentlichen Pflichten auf- und sie mehr und mehr an Privatunternehmen abgegeben. Deren wesentliches Ziel aber ist die Erwirtschaftung von Profiten.

Was einmal anders war, kann auch wieder anders werden. Zumal gerade die Covid-19-Pandemie das Versagen neoliberaler Politik schonungslos offen legt.

Die Volksinitiative ist ein Vorstoß, unser Gesundheitswesen wieder auf die Füße zu stellen. Da es rechtlich keine andere Möglichkeit gibt, erfolgt er notgedrungen auf Landesebene. Aber das Anliegen wird bundesweit von ähnlichen Initiativen verfolgt.

Helft mit, dass es eine kraftvolle Kampagne wird! Unterstützt die Volksinitiative als Gruppe oder als Einzelpersonen, spendet, sammelt Unterschriften, organisiert Aktionen ...

Es gibt viele Möglichkeiten – schaut mal auf die Website:

www.gesunde-krankenhaeuser-nrw.de

Unterstützt die Volksinitiative „Gesunde Krankenhäuser in NRW – für Alle!“

Was bedeutet „Volksinitiative“ in NRW?

Durch eine Volksinitiative wird der Landtag aufgefordert, sich mit einem Gegenstand der politischen Willensbildung zu befassen. Wenn 0,5% der volljährigen, in NRW wohnhaften deutschen Staatsbürger*innen – das sind gut 66.000 Personen – unterschreiben, ist sie erfolgreich.

Wer trägt diese Volksinitiative?

Der Träger ist das Bündnis für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen in NRW. Es setzt sich zusammen aus den Gesundheitsbündnissen NRW, ver.di NRW, Attac NRW, DIDF NRW e.V. (Föderation demokratischer Arbeitervereine), Krankenhaus statt Fabrik, Pflege am Boden NRW, SBHC – Selbsthilfegemeinschaft Spina Bifida und Hydrocephalus NRW e.V., gesundheitsladen köln e.V., SoVD Landesverband NRW e.V., Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte, Verein zur Förderung eines solidarischen und öffentlichen Gesundheitswesens NRW e.V.

Was fordert sie?

Die Volksinitiative erhebt fünf Hauptforderungen:

- ▶ ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen – ohne Profite!
- ▶ patientenorientiert, barrierefrei und selbsthilfefreundlich
- ▶ wohnortnah und bedarfsorientiert geplant für alle in NRW

- ▶ vollfinanziert durch das Land NRW
- ▶ mit guten Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten.

Ausführliche Begründungen für die Forderungen, Hintergrundinformationen und nicht zuletzt Infos, wie Ihr sie unterstützen und mitmachen könnt, findet Ihr auf der Website der Initiative: www.gesunde-krankenhaeuser-nrw.de



Auftaktveranstaltung der Volksinitiative am 26. August 2020 vor dem Landtag in Düsseldorf.

Wenn Gesundheit zur Ware wird: Die Zerstörung unseres Gesundheitssystems

P. S.

Dass Güter nicht in der Art und der Menge produziert werden, wie sie benötigt werden, ist ein Wesensmerkmal des kapitalistischen Systems. Produziert wird, was den größtmöglichen Profit verspricht.

Die Warenproduktion an sich ist schon problematisch genug. Werden überdies noch weitere gesellschaftliche Bereiche der Profitlogik untergeordnet und grundlegende Bedürfnisse der Bevölkerung nicht mehr sichergestellt, sondern ebenfalls zu Waren gemacht, funktioniert Daseinsvorsorge nicht mehr.

Beispiel KKO / AMEOS (Oberhausen)

Das Katholische Klinikum Oberhausen befand sich im Eigentum des Bistums Essen und dreier Gemeinden, als es nach drei verlustreichen Jahren im Juli 2019 in die Insolvenz ging: mit einem erwarteten Defizit für 2019 von acht Millionen Euro und einem Investitionsstau im mittleren zweistelligen Millionenbereich allein beim St. Josef Hospital.

Nach Abschluss des Insolvenzverfahrens Ende April 2020 wurde das KKO von der Schweizer AMEOS Gruppe übernommen. AMEOS ist bekannt für Lohndumping und dafür, „Arbeitnehmer“-Rechte zu unterlaufen, siehe dazu den Artikel in der *Avanti O.*, Ausgabe 09-12/2019.

Über den Charakter des de facto Konzerns sollte mensch sich durch sein Werben um Sympathie mit kleinen Geschenken und Imagekampagnen, wie aktuell im Wochenanzeiger, nicht hinwegtäuschen lassen.

Dass AMEOS in Oberhausen nicht anders verfährt als anderswo, zeigt sich aktuell daran, dass AMEOS 43 Kündigungen ausgesprochen hat. Dies passiert, entgegen anderslautender Zusagen des Unternehmens, aufgrund einer Umstrukturierungsmaßnahme.

Neben Einzelvereinbarungen und Spaltung der Belegschaft durch Versprechungen und Angstmache sind es gerade die Unternehmensaufspaltungen und Umstrukturierungen, mit denen AMEOS seine unsoziale Unternehmenspolitik üblicherweise umsetzt.

Dass der größte Gesundheitsversorger unserer Stadt weitgehend agieren kann, wie er will, und in erster Linie weder der Oberhausener Bevölkerung noch seinen Beschäftigten sondern der US-amerikanischen Carlyle Group, einer „Heuschrecke“ verpflichtet ist, ist ein Fehler im System.

Beispiel Contilia (Essen)

Der katholische Krankenhaus-Betreiber Contilia erwarb in 2018 die katholischen Kliniken im Essener Norden. Nach einem chaotischen Hin und Her, was mit den drei Krankenhäusern geschehen soll, hat Contilia Anfang Oktober 2020 das Marienhospital in Altenessen „aus wirtschaftlichen Gründen“ geschlossen. Das St. Vincenz-Krankenhaus in Stoppenberg soll zum Ende des Jahres folgen. Damit setzt sich Contilia über den ausdrücklichen Wunsch der Stadt Essen hinweg, das Krankenhaus auch über den Jahreswechsel für die gesundheitliche Versorgung im Essener Norden geöffnet zu halten, bis die Versorgung der Bevölkerung auf andere



Weise gesichert ist.

Bleibt es bei diesen Plänen, gibt es bald für den gesamten Essener Norden nur noch ein einziges Krankenhaus: das Philippusstift in Borbeck, das eigentlich geschlossen, nun aber – nach derzeitigem Stand – umfangreich um- und ausgebaut werden soll. Bis 2027! Nach den bisherigen Erfahrungen mit Contilia kann man sich auf diese Zusage nicht einmal verlassen.

Die Gesundheitsversorgung im Essener Norden war bereits mangelhaft, als alle drei Krankenhäuser noch geöffnet waren. Nun droht den Bewohner*innen dieser stark von Armut und sozialer Benachteiligung betroffenen Stadtteile mit dem Wegfall hunderter Krankenhausbetten eine weitere drastische Verschlechterung ihrer Lage. Und dies, obwohl gerade die COVID-19-Pandemie gezeigt hat, dass jedes Bett gebraucht wird.

Contilia ist augenscheinlich weder willens noch in der Lage, eine ordentliche Gesundheitsversorgung für den Essener Norden sicherzustellen. Das zieht die Versorgungslage für die ganze Stadt nach unten.

Darum hat sich eine Initiative gegründet, die mit dem Bürgerbegehren "Krankenhäuser retten – Versorgung sichern!" die Kommunalisierung der Krankenhäuser im Essener Norden erreichen will:

„Die von uns [...] verlangte Überführung in die öffentliche Trägerschaft sichert am ehesten eine nicht nur profitorientierte Gesundheitsversorgung, gute Arbeitsbedingungen und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Gesundheitsversorgung ist Gemeinwohl und fällt in die Verantwortung der Kommune.“ ■



Fotos auf dieser Seite: Protestaktion in Essen-Katernberg gegen die Schließung von Contilia Kliniken, 31. Oktober 2020. Fotos: Avanti O.

Oberhausen! – Sattelt um! Mehr Platz! Für's Rad!?

Mit diesen Rufen im Chor startet die Fahrraddemonstration bei Sonnenuntergang um 17:07 Uhr vom Vorplatz des Hauptbahnhofes Oberhausen.

ANDREA-CORA WALTHER

Es ist der 31. Oktober 2020 – und bereits die zweite Fahrraddemonstration zu Halloween mit Beleuchtung und Verkleidung von Rad und Radelnden. Einem breiten Aktionsbündnis geht es darum, auf die miserable Verkehrsinfrastruktur in der Stadt aufmerksam zu machen: keine Fahrradspuren, schlecht gekennzeichnete Fahrradspuren, marode Fahrradspuren, zugeparkte Fahrradspuren, „Bikelane to hell“, keine gesicherten Abstellmöglichkeiten.

Dieses Jahr fahren die Bedenken mit, die uns das Virus beschert hat. Kontaktbeschränkungen bis hin zum Lockdown ab dem 2. November 2020 sind angeordnet. Natürlich muss man immer bei der Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen die derzeit geltenden Auflagen beachten. In Zeiten von Infektionsszenarien bedeutet das seit Langem schon: AHA: Abstand halten, Hygiene-Maßnahmen beachten und Alltagsmaske tragen. Eine Ergänzung um „L“ wie „Lüften“ ist bei einer Veranstaltung unter freiem Himmel nicht notwendig.

Was aber kann einfacher sein, als bei einer Fahrraddemonstration sich exakt an diese Regeln zu halten? Das Rad selbst zwingt dazu, den Abstand einzuhalten. Das langsame Fahren im Demonstrationszug ermöglicht das Tragen der Alltagsmaske. Und Hygiene ist gewährleistet, fasst man doch nichts anderes an als das eigene Lenkrad.

Bleiben die Bedenken, dass „das Volk“, das den Demonstrationszug wahrnimmt, kein Verständnis für eine öffentliche Veranstaltung hat, bei der sich mehr als zwei Haushalte und mehr als 10 Menschen in der Öffentlichkeit treffen? Bleiben wir also noch für

Wochen, Monate, vermutlich sogar Jahre still zu Hause und verzichten auf die Gestaltung von Politik durch den Druck von der Straße?

Das kann nicht die Lösung sein. Die Einschränkungen von Freiheitsrechten sind notwendig, weil es Menschen gibt, die schlicht nicht in der Lage sind, sich an die Regeln zu halten, weswegen dann für alle maximale Einschränkungen notwendig werden. Das kann aber nicht bedeuten, dass demokratische Freiheitsrechte wie das Demonstrationsrecht komplett abgeschafft werden. Demonstrationen finden immer unter Auflagen statt. Demonstrationen, die in der Lage sind, die Auflagen von Polizei und städtischem Ordnungsamt zu erfüllen, müssen weiterhin möglich sein.

Und der Erfolg gibt uns Recht. Mit Polizei- und Musikbegleitung fahren 35 Teilnehmende im Zick-Zack durch die immer dunkler werdende Innenstadt: Friedrich-Karl-, Hermann-Albertz-, Grenz-, Mülheimer-, Helmholtzstraße. Menschen stehen an den Straßenrändern, schauen aus den Fenstern, als der beleuchtete Fahrraddemonstrationszug vorbeifährt und ... Viele klatschen, winken, filmen und sind mindestens so begeistert wie wir.

Eine gelungene Aktion für die Sensibilisierung für den Ausbau der Fahrrad-Infrastruktur und für die Durchführung von Demonstrationen auch zu Zeiten von Infektionsschutz-Szenarien. Wir müssen auf den Straßen laut bleiben, wenn wir Einfluss auf die Gestaltung unseres Umfeldes nehmen wollen, und das müssen wir angesichts von fortschreitender Klimakatastrophe und Rechtsruck heute stärker als jemals zuvor. In diesem Sinne ist nach der Demo vor der Demo: Oberhausen! – Sattelt um! ■

Das Aktionsbündnis „Oberhausen sattelt um“ fordert

- Ein lückenloses, sicheres und komfortables Radwegenetz in Oberhausen
- Investitionen von mindestens 25 EUR pro Kopf und pro Jahr für die Radverkehrsinfrastruktur in Oberhausen
- Verkehrswende: Steigerung des Radverkehrsanteils auf 25% des gesamten Verkehrsaufkommens
- Die konsequente Berücksichtigung des Radverkehrs bei jeglicher städtebaulichen Planung
- Tempo 30 abseits der Hauptstraßen
- Konsequenter Ausbau von geschützten und diebstahlsicheren Fahrradabstellanlagen
- Gezielte Kampagnen für Fahrradnutzung
- Bedarfsgerechte Personalausstattung in der Stadtverwaltung für die Planung und Umsetzung der Radinfrastruktur in Oberhausen
- Fortwährende Instandhaltung und Reinigung inklusive Winterdienst sowie Freihalten aller Radverkehrsanlagen
- Konsequente Beseitigung und Sanktionierung von Falschparkern auf Geh- und Radwegen
- Mobilitätsbildung - vom Kindergarten bis zur weiterführenden Schule und in der Erwachsenenbildung muss das Thema "Nachhaltige Mobilität" stärker berücksichtigt werden



Mehr Platz fürs Rad

Für eine lebenswerte Stadt und besseres Klima durch Gleichberechtigung des Radverkehrs im öffentlichen Verkehrsraum.

Das Aktionsbündnis „Oberhausen sattelt um“ besteht zurzeit aus ...

ADFC OB/MH, Stadtteilladen ANNA28, BUND Oberhausen, Linke Liste, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bürgerliste, Parents for Future, ISO Oberhausen und allen Fahrradbegeisterten

Mitmachen ist ausdrücklich erwünscht!

Wir treffen uns alle 14 Tage montags in der ANNA28.

Alle Termine können auf Facebook unter „Oberhausen sattelt um“ verfolgt werden.

Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier?

O. G.

Wir sind aktuell mit einer bisher kaum gekannten Zuspitzung von Krisen konfrontiert. Dabei streben entscheidende Kapitalfraktionen die Abwälzung der gesundheitlichen, sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisenfolgekosten auf die große Mehrheit an.

Diese Gefahr und die damit verbundenen politischen Verwerfungen sehen wir auf uns zukommen.

Wir sehen aber auch die Chance, erfolgreich für eine Wende zum Besseren zu kämpfen, wenn es gelingt, eine solidarische Front über alle Organisations- und Bereichsgrenzen hinweg aufzubauen.

Wenn es gelingt, aktive Solidaritätsstrukturen zum Beispiel in den Stadtteilen, sozialen Bewegungen, Bildungseinrichtungen, Betrieben und Gewerkschaften zu bilden und sie zu vernetzen.

Wenn es gelingt, langfristig und konstruktiv zusammenzuarbeiten. Erfreulicherweise gibt es an verschiedenen Orten von unterschiedlichen Akteur*innen Bestrebungen, die Kräfte zu bündeln, die zwar nicht zu den gleichen Schwerpunktthemen, aber in die gleiche Richtung arbeiten: für eine solidarische, demokratische, ökologische Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, Hunger und Kriege.

An den folgenden praktischen Beispielen für Vernetzung beteiligen wir uns auch.

Wir hoffen, dass sie auf Euer Interesse stoßen. Und im besten Fall: dass Ihr auch mitmachen wollt.

Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier? ■

Gemeinsam sind wir stärker

Am 18. November 2020 fand bereits zum fünften Mal die Videokonferenz der Initiative „Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier?“ statt.

N. B., AVANTI², REGION RHEIN-NECKAR

Einmal im Monat kommen Aktive aus unserer und anderen Regionen zum Gedankenaustausch zusammen. Gemeinsam wollen wir überlegen, was wir den Krisen und den ständigen Angriffen auf unser Leben und unsere Rechte entgegensetzen können. Zudem suchen wir Antworten auf folgende Fragen: Welche Alternativen können wir entwickeln zum prokapitalistischen Handeln von Staat, Politik, Unternehmen und rechten wie reaktionären Bewegungen? Wie ist es möglich, bestehende Solidaritätsstrukturen zu stärken und weitere aufzubauen? Wie können wir sie gemeinsam mit anderen über Bereichsgrenzen hinweg zusammenzuführen?

Egoistische oder solidarische Proteste?

Zu Beginn des Abends verschafften wir uns einen Überblick über die aktuellen politischen Entwicklungen und Bewegungen. Bestimmt werden diese weiterhin durch die Corona-Pandemie. Eine der aktivsten Bewegungen ist aktuell die der „Querdenker“. Sie lehnen insbesondere einen wirksamen Gesundheitsschutz und jede gesellschaftliche Verantwortung ab. Angesichts der chaotischen und an Profitinteressen orientierten Corona-Politik der Herrschenden ist die massenhafte Mobilisierung durch diese Szene aus faschistischen und individualistischen Corona-Leugner*innen umso gefährlicher.

Die Teilnehmenden wussten aber auch von verantwortungsbewusst durchgeführten Protestveranstaltungen unter Pandemie-Bedingungen zu berichten: eine Fahrraddemo und mehrere Kundgebungen gegen rechts und gegen Corona-Leugner*innen in Oberhausen, Infostände und die dezentrale Aktion der Seebrücke Mannheim am 21. November mit mehreren thematischen Stationen an verschiedenen Orten in der Innenstadt. Außerdem gibt es im Öffentlichen Nahverkehr weiterhin Tarifauseinandersetzungen. In der Metall- und Elektro-Industrie steht ein offenbar harter Konflikt bevor.

In der Diskussion kristallisierte sich ein Thema heraus, das viele

Bewegungen und Bereiche sozialen und gesellschaftlichen Lebens miteinander verknüpft:

Die Verkehrswende

Die Klimabewegung ist weiterhin aktiv, aktuell insbesondere im Dannenröder Wald (Danni) und im Hambacher Forst (Hambi). Im Danni in Hessen geht es darum, die Rodung der alten Baumbestände für den Ausbau der A 49 zu stoppen.

Auch gegen Flughäfen formiert sich immer wieder Protest. Insbesondere kleine, lokale Flughäfen werden häufig nur von großen Unternehmen und Superreichen genutzt. Sie ziehen so den Unmut der Bevölkerung auf sich. Anwohner*innen beschwerten sich außerdem oft über die massive Lärmbelästigung. Zu Flughäfen wurde aber auch schon von Abschiebungsgegner*innen mobilisiert.

Gleichzeitig werden im Öffentlichen Nahverkehr von ver.di Tarifauseinandersetzungen geführt, mit denen sich auch die Klimabewegung Fridays for Future solidarisiert. Bei der Bahn steht die Tarifrunde der GDL (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer) an und auch die S 21-Proteste werden weitergeführt.

In Mannheim kämpfen die Beschäftigten von Bombardier (Bahnindustrie) für die Sicherung ihrer Arbeits- und Ausbildungsplätze. Angesichts dieser vielen Beispiele, die sich noch um zahlreiche andere lokale und überregionale ergänzen ließen, drängt sich die Frage auf: Wie können diese Proteste und Kämpfe miteinander verbunden werden? Wie kann eine gemeinsame Bewegung für eine radikale Verkehrswende entstehen?

Die an der Diskussion Teilnehmenden einigten sich darauf, das Thema weiter zu verfolgen und sich zunächst einen noch besseren Überblick über die unterschiedlichen Aktivitäten auf diesem Feld zu verschaffen. Beim nächsten Gedankenaustausch am Mittwoch, den 16.12.2020, werden wir daran anknüpfen können. ■

Startbahn frei für die Verkehrswende! Kundgebung am Dortmund Airport

Liebe Aktive,

es ist nachvollziehbar, dass Gastwirt*innen, Gewerbetreibende, Solo-Selbstständige, Kulturschaffende und kleine und mittlere Unternehmen, die durch die Coronakrise unverschuldet in Existenznot geraten sind, staatliche Unterstützung bekommen in diesen schwierigen Zeiten.

Doch es empört uns, dass gerade die klimaschädliche Luftfahrtindustrie Milliarden von Steuergeldern einstreicht, allein an die Lufthansa gingen 9 Mrd. Euro. Dabei ist die enorme Zunahme des weltweiten Luftverkehrs einer der großen Treiber des Klimawandels: Allein im Jahr 2019 gab es weltweit 46,8 Mio. Flüge, kommerzielle Airlines strichen dabei Gewinne von 46,8 Mrd. US-Dollar ein.

Die neueste Idee von Bundesverkehrsminister Scheuer ist, den Regionalflughäfen Staatshilfen zukommen zu lassen. Deutschland hat 24 Hauptverkehrsflughäfen, eine schon vor Corona massive Überkapazität.

Die Regionalflughäfen sind oftmals reine Prestigeobjekte, sie versprechen strukturschwachen Regionen Arbeitsplätze, die jedoch von geringer Zahl und Qualität sind. Dafür greifen Landespolitiker*innen tief in unsere Taschen, obwohl das ohnehin knappe Geld aus dem Etat der Bundesländer wahrlich für andere Herausforderungen benötigt wird. Verkehrsinfrastruktur erzeugt Verkehr: Die Billig-Airlines, die selbst jedes Steuerschlupfloch kennen, nutzen dankbar die Slots an diesen hochsubventionierten Kleinflughäfen.

Aufruf zur Kundgebung:

Wir rufen Initiativen aus Nordrhein-Westfalen dazu auf, gemeinsam mit uns eine Kundgebung am Ort des Geschehens, in der Vorhalle des Dortmund Airports zu planen: Mit bunten Aktionen, kreativen Transpis usw. können wir auf unsere Anliegen aufmerksam machen. Wir gehen davon aus, dass der Aufruf auf guten Zuspruch und öffentliche Aufmerksamkeit trifft. Vom Termin her haben wir an das Frühjahr 2021 gedacht. Ganz gleich aus welchem Grund ihr gegen die Flugindustrie protestiert, in einem breiten Netzwerk ist jede*r ist willkommen mitzumachen! (Ausgeschlossen sind selbstverständlich Gruppierungen von „Rechtsaußen“)

Wir fordern:

- Milliardensummen ausgeben für den dringenden Ausbau des DB-Güter- und Fernverkehrs und des ÖPNV sowie Vergünstigung der Tickets, Förderung des Umweltverbundes. Investitionen in Soziales, Gesundheit, Bildung und Energiewende → keine Staatshilfe für die klimaschädliche Industrien!
- Regionalflughäfen sozialverträglich schließen!
- Nach Verbesserung des Bahnverkehrs und Ausbau der Netze können Kurzstreckenflüge unter 600 km eingestellt werden!
- Beschränkung der persönlichen Flugkilometer, zum Beispiel über ein Kontingent für jede*n Reisenden! Wir freuen uns auf eure Rückmeldungen und einen Austausch per Videokonferenz: **Schreibt eine Mail an baso@posteo.de, wenn ihr euch informieren bzw. einbringen möchtet!** ■



Zwei Fragen

Die Mordmaschine, auch Auto genannt,
Hat wieder viel Menschen zu Tode gerannt,
Und vielen andern zermürbt und gebrochen
Die vordem guten und graden Knochen –
Wann endlich wird Einhalt getan dem Verderben?
Wie viele müssen zuvor noch sterben?

Heinrich Kämpchen
Bergarbeiterzeitung 6.7.1907

Statt Scherz, Satire und ... Ein wenig über einen fast vergessenen Genossen und Lyriker

ERNST KOCHANOWSKI

Heinrich Kämpchen waren Scherz, Satire und tiefere Bedeutung nicht fremd. Im Gegenteil: Sie waren Teil seines Geistes, gehörten in seinen Lyrikwerkzeugkasten und waren auch nötig, um die Härte und Gemeinheit der Welt mit Poesie zu bekämpfen, und damit auch noch Zeugnis zu geben von einer Zeit, die nur scheinbar vergangen ist.

Heinrich Kämpchen, geboren am 23. Mai 1847 in Altendorf bei Essen, gestorben am 6. März 1912 in Bochum-Linden, war Bergmann und Dichter. Wegen seiner politischen Aktivitäten als Führer im großen Streik von 1889 kam er auf die „Schwarze Liste“ und wurde in keiner Zeche mehr eingestellt. Bis zu seinem Tod musste er von einer kargen Knappschaftsrente und den geringen Abdruckhonoraren für seine Gedichte leben.

Sein ganzes Leben lang trat er aber unermüdlich für den Zusammenhalt aller Arbeiter*innen in allen Gewerkschaften ein – auf Versammlungen, Kongressen und in seinen Gedichten.

Wer bei Gedichten an die gereimte launige „Poetik“, wie sie uns aus Kalendern, Prunksitzungen, Vereinsfeiern und ähnlichen Anlässen bekannt ist, denkt, liegt ganz schön daneben.

Heinrich Kämpchens Gedichte sind genaue Schilderungen einer Arbeits- und Lebenswelt, welche noch bis in unsere Zeit nachwirkt. Er hat begriffen, was Sache ist, und er hat auch begriffen, dass sein Mittel, dafür zu kämpfen, das Dichten ist.

Das Handwerk des Lyrikers hat er so gut gelernt, dass seine Dichtung oft klarer und aufrüttelnder war als übliche Flugblätter und Pamphlete. Larmoyanz findet mensch dort nicht, und Kitschgefühle werden nicht befriedigt. Aber die Härte des Lebens in Ausbeutung wird unverblümt und ohne romantische und pathetische Überhöhung dargestellt und die Lösung gezeigt.

Und die heißt immer schon, damals wie heute, Solidarität: „Seid einig, seid einig – dann sind wir auch frei!“

Wenn wir die Begriffe Bergmann, Steiger und Zeche in die heutige Arbeitswelt übersetzen, sehen wir eine fast beklemmende Aktualität seiner Gedichte über Abhängigkeit, Ausbeutung, mangelnden Gesundheitsschutz, aber auch deren Beibehaltung durch eine gewalttätige Obrigkeit.

Zum Beispiel damals um 1870/80:

Die Zechenbarone wollten mehr Profit. Staatsminister Achenbach bat seinen Kumpan Minister von Manteuffel um Rat, wie man Arbeitszeiterhöhung bei gleichzeitiger Lohnkürzung durchsetzen könne. Von Manteuffel, schneidig, niederträchtig und gemein: „Die Flinte schießt, der Säbel haut!“

Und heute? Bossing, Mobbing, Verfolgung und sogar Ermordung von Gewerkschafter*innen, Betriebsräten und allen Kämpfer*innen gegen Ausbeutung und Zerstörung dauern im-

mer noch fort und fort. Auch durch deutsche Unternehmen und Konzerne, und wo immer in der Welt die Obrigkeit dies erlaubt, fördert oder dafür von diesen bezahlt wird.

„Solcher Ordnung Fortbestehn
muss auf's schärfste ich bemängeln:
Möge sie zum Teufel gehen
oder zu den lieben Engeln!“

aus „Weihnachtsgedanken eines Arbeitslosen“ H.K. 1894

Wenige Tage nach seinem Tod begann am 11. März 1912 im Ruhrgebiet der dritte große Streik. Dieser scheiterte jedoch an der Uneinigkeit: Der christliche Gewerkverein forderte seine Mitglieder zur Beendigung des Streiks auf.

„Nur Toren und Verräter teilen uns geschwind in Christen und Nichtchristen, wo wir doch Brüder sind.“



Heinrich Kämpchens Ehrengrab auf dem Friedhof Bochum-Linden.

„Is' halt so“

Klassenbewusstsein im sozialen Sektor

ALINA FUCHS

Der Kollege wirkt gleichmütig, als er es sagt: „Is' halt so.“ Ich hoffe, dass man mir den Schreck über diese Aussage nicht ansieht.

Wir und andere Angestellte eines Wohnheims für Menschen mit geistiger Behinderung hatten uns über die Arbeitssituation dort unterhalten. Ein Gespräch, das ich angestoßen hatte. Denn, was mich als Freiwilligendienstleistende nur am Rande betrifft, lässt mir keine Ruhe.

„Wie viel Tage hast du jetzt gemacht?“

„Neun.“

„In stressigen Wochen damals habe ich bis zu zwanzig Tage am Stück gearbeitet.“

„Wir sind alle schon mit Fieber zur Arbeit gekommen.“

Derartige Sätze fallen immer wieder. Auf Nachfrage, zufällig in Gesprächen nebenbei, ernsthaft, lachend. Beinahe, als wäre es ein Witz, mit Fieber zur Arbeit zu kommen. Aber es ist halt so.

Was derzeit ein absolutes Tabu ist, ist außerhalb der Pandemie die Norm, und was jetzt die Norm ist, ist andernfalls ein Witz.

„Wahrscheinlich ist das so ein Billigteil aus 'ner Sammelbestellung von irgendeiner anderen Veranstaltung. Ist übriggeblieben.“, scherzt eine Kollegin über eine über und über mit bunten „DANKE“-Schriftzügen dekorierte Tasse, die es von der Firma, zu der das Wohnheim gehört, samt einem Brief und einer winzigen Packung Trockenobst als Präsent gibt.

„Sie könnten auch klatschen.“

Der erste Coronabonus wäre höchstwahrscheinlich allen lieber, aber der war nur für Pflegeeinrichtungen. Das Heim ist aber eine Einrichtung der Wiedereingliederungshilfe, sagt die Bürokratie.

„Wenn wir die Pflege, die wir hier machen, nicht leisten würden, wären einige unserer Kunden [offizieller Ausdruck für die Heimbewohner; Anm. d. Au.] in einem Monat tot.“, sagt eine Fachkraft.

Erst jetzt hat die Gewerkschaft ver.di eine Einmalzahlung in Höhe von 400 Euro und eine Lohnerhöhung erkämpft, deren Höhe nach Gehaltsgruppen gestaffelt ist, erklärt mir die Teamleitung.

Ein Hauch von Ärger weht in den Worten einiger Mitarbeiterinnen, aber die große Wut suche ich in den Gesprächen vergeblich.

Stattdessen werde ich konfrontiert mit dem Gleichmut und Desinteresse des „Is' halt so“.

Es sei doch nicht gesund, mit Fieber zur Arbeit zu kommen, bemerke ich einem Kollegen gegenüber.

„Es ist halt zu wenig Personal da.“

Ob man das nicht der Verwaltung gegenüber bemängeln und um mehr Einstellungen bitten könnte. Nur dann würde sich die Situation verbessern.

„Laut Personalschlüssel reicht's aber.“

Und könne man den denn nicht erhöhen?

„Das geht nicht so einfach.“

Ich gebe es auf.

Derselbe Kollege ist ein überzeugter Vertreter der Hufeisen-theorie, behauptet links käme rechts und rechts links wieder rum. Für das S-Wort wird man ihn wohl kaum gewinnen können. Ebenso wenig die Kollegin, die sich über die Tasse lustig gemacht hat. Sie engagiert sich bei der CDU. Wieder eine andere Fachkraft arbeitet parallel beim Sicherheitsdienst, hat viele Freunde bei der Polizei. Für Politik interessiert sie sich laut eigener Aussage nicht, und für ein Engagement hätte sie wahrscheinlich auch keine Zeit. Zusätzlich zu ihren Jobs muss sie sich um die Tiere auf ihrem Hof kümmern. Wie das ein Mensch aushält, ist mir schleierhaft.

Dennoch spürt man bei Zeiten Ärger: Der nicht erhaltene Bonus, die Tasse, Überstunden. Die Kollegen in der Verwaltung, die, wie ein Mensch berichtete, die ganzen guten Masken bekämen, während die Angestellten in den Heimen OP-Masken bekommen.

Erst bei den letzten hohen Infektionszahlen sollten FFP2-Masken – „sparsam“ – eingesetzt werden. Die Tragepflicht für FFP2-Masken im Kundenkontakt besteht zurzeit nur wegen des Infektionsgeschehens im Heim.

Es wird Zeit, dass aus dem „Is' halt so.“ ein „Dreckssystem!“, aus dem Schwelbrand unter der Oberfläche ein Leuchtfener wird, auf den traumlosen Schlaf ein Erwachen folgt.

Genossin, Genosse, rüttel deine Kollegen wach! ■

Wer, wenn nicht wir?



Das große Kaufhaussterben

Kahlschlag auf Zeit bei Karstadt/Kaufhof

HELMUT BORN

Mitte Oktober wurden die meisten der zur Schließung anstehenden 41 Filialen des Karstadt/Kaufhof-Konzerns sowie zwanzig Filialen von Karstadt Sport dicht gemacht. Im März hatte Eigentümer René Benko, ein österreichischer Investor und Multimilliardär, das Insolvenzverfahren unter dem staatlichen Schutzschild beantragt.

Nun gab es das bittere Ende für rund 4.000 Beschäftigte, während sich für Benko das Verfahren lohnte. Von März bis Mai übernahm der Staat sämtliche Personalkosten und durch das im Juni gestartete Insolvenzverfahren war der Konzern schließlich 2 Milliarden Euro Schulden los.

Benkos Strategie

Ursprünglich hatte Benko die Schließung von 82 Filialen vorgesehen, am Ende waren es 62. Der Grund: Die Filialen, die durch Mietnachteile profitabler wurden, konnten gerettet werden, und die Gewerkschaft ver.di erklärte, dass sie um jede Filiale kämpfen will. Zudem befanden sich auf der Schließungsliste Filialen, die offensichtlich zu den profitablen gehörten, und es fehlten einige, die Verlust machten.

Es gab so manche Merkwürdigkeiten, die nicht mit den Verlautbarungen übereinstimmten. So wurde im Laufe des Verfahrens bekannt, dass Benko im März 17 Filialen bereits an Investoren verkauft hatte.

Andere Filialen, wie die „Am Wehrhahn“ in Düsseldorf, sind für andere Projekte des Immobilienmoguls Benko vorgesehen. Diese Filiale bzw. das Grundstück gehört seiner Signa Holding, und er will an dieser Stelle einen 200 Meter hohen Büroturm errichten lassen.

Weil die örtliche Politik durch ver.di und die Betriebsräte unter Druck gesetzt wurden, entschied sich Benko, mit Oberbürgermeister Geisel vertrauliche Gespräche zu führen, um von ihm Unterstützung für sein Projekt zu bekommen.

Auf der Schließungsliste stand nämlich auch Karstadt in Düsseldorf. (2019 wurde die Konkurrenzkarstadt ebenfalls von der Signa Holding übernommen.) Vier Tage vor der OB-Stichwahl am 27. September konnte Geisel den Beschäftigten von Karstadt verkünden, dass die Filiale nicht geschlossen wird, und ihre Arbeitsplätze erhalten bleiben. Die von ver.di und den Betriebsräten geforderte Weiterbeschäftigung der Kolleg*innen von Kaufhof und Karstadt Sport hat Benko abgelehnt, obwohl es mehrere andere Filialen in der Stadt und der näheren Umgebung gibt.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass Benko einen Mietvertrag unterschrieben hat, der erhebliche Mietsenkungen vorsieht, aber nur eine Laufzeit von drei Jahren hat. So baute er zusätzliches Erpressungspotenzial auf, falls die Stadt seinem Projekt nicht wie vorgesehen ihre Zustimmung erteilt.

Ähnlich war seine Strategie in Berlin, wo er mehrere Filialen von der Schließungsliste nahm, als der regierende Bürgermeister Müller ihm zusicherte, dass die Stadt seine Projekte in Berlin „positiv“ begleiten würde. Dies gilt vor allem für den geplanten Neubau eines „Luxuswarenhauses“ in Kreuzberg, wo es massiven Widerstand seitens der Bevölkerung und des Bezirkes gibt.

Die Zukunft der Warenhäuser

Karstadt/Kaufhof ist als einziger Warenhauskonzern übriggeblieben. Wobei es die traditionellen Warenhäuser gar nicht mehr gibt, und der alte Kaufhof-Slogan „Kaufhof bietet tausendfach – alles unter einem Dach“ längst obsolet ist. Spätestens seit den 1980er Jahren flogen nach und nach ganze Bereiche wie Möbel, Teppiche, Stoffe, Gardinen oder Heimelektronik aus dem Sortiment. Heute sind selbst Lebensmittelabteilungen die Ausnahme. Im Wesentlichen bestehen die Sortimente heute aus Bekleidung aller Art, wozu auch Sportartikel gehören, außerdem Schreibwaren, Süßwaren, Haushaltsartikel sowie Schmuck und Drogerieartikel – hier vor allem Parfums.

Dazu wurden Konzepte entwickelt, die Ware so zu präsentieren, dass die Kund*innen alle Informationen zum Produkt bekommen, um Personalkosten einzusparen. Das ist die Managementstrategie in der Einzelhandelsbranche: Vor allem durch möglichst geringe Personalkosten wollen sie Profite realisieren. Zusätzlich wächst der Marktanteil des Onlinehandels.

Wenn es so weiter geht wie bisher, dass dem unregulierten Kapitalismus keine Grenzen gesetzt werden können, werden diejenigen überleben, die am brutalsten ihre Möglichkeiten nutzen. Das sehen wir schon heute: Unternehmen wie Amazon, die sich nicht an Tarifverträge und Arbeitsschutz halten, die Gewerkschaften und Betriebsräte bekämpfen, die jedes Steuerschlupfloch kennen, setzen sich durch.

Da will Benko mit von der Partie sein. Ob es dann noch Galeria Karstadt/Kaufhof gibt, ist ihm egal. Er macht seine Profite dann eben mit Immobilien. ■



Foto: Avanti O.

**Pressemitteilung des Komitees „Solidarität gegen BR-Mobbing!“
vom 18. Oktober 2020**

„Grund- und Menschenrechte gelten auch für Betriebsräte!“

Am Samstag, den 17.10.2020, fand im Mannheimer Gewerkschaftshaus die 7. bundesweite Tagung „Betriebsräte im Visier – Bossing, Mobbing & Co.“ statt. Aufgrund der strikten Einhaltung der geltenden Gesundheitsschutzregeln war das Platzangebot zahlenmäßig begrenzt. Es konnten dennoch achtzig Menschen aus verschiedenen Branchen und Regionen teilnehmen.

Unter Ausnutzung der „Corona-Krise“ gehen Geschäftsführungen und ihre professionellen Helfershelfer verstärkt mit „Verdachtskündigungen“ sowie der Beschulung und Zersetzung des beruflichen und privaten Umfeldes gegen engagierte Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeitervertretungen vor. In der Folge kommt es bei Betroffenen sehr oft zu schweren depressiven Erkrankungen und sogar zu Selbsttötungsversuchen. Nicht zuletzt entstehen existenzbedrohende finanzielle und familiäre Probleme.

In der Öffentlichkeit werden diese Machenschaften bisher jedoch nach wie vor kaum wahrgenommen.

Ein Schwerpunkt der diesjährigen Tagung war die Suche nach Strategien zur erfolgreichen Verteidigung und Stärkung der gesetzlich verbrieften Rechte von demokratisch gewählten Interessenvertretungen.

Lars Treusch (DGB Region Nordbaden) erläuterte in seinem Grußwort die Position des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Er betonte den Willen des DGB, wirksamer gegen die fortgesetzten Rechtsbrüche durch die Mobbing-Branche vorzugehen.

Carl-Friedrich Bossert (IG Metall-Vorstand) referierte zum Thema „Taskforce / Anlaufstelle gegen BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung – ein schöner Traum?“ Die IG Metall ist die mit rund 2,2 Millionen Mitgliedern größte Einzelgewerkschaft im DGB. Sie hat vor fünf Jahren begonnen, die Analyse und die organisierte Abwehr von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung konkret zu entwickeln.

Alexander Mohrlang ebenfalls vom IG Metall-Vorstand in Frankfurt setzte sich mit der Frage „Organizing – wirksames Mittel der Gegenwehr?“ auseinander. Er unterstrich die Notwendigkeit einer aktivierenden und organisierenden Gewerkschaftsarbeit im Betrieb und darüber hinaus, um demokratische Rechte verteidigen und gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit durchsetzen zu können.

Dr. Dietrich Growe (Fachanwalt für Arbeitsrecht aus Mannheim) stellte Vorschläge für ein erfolgreiches juristisches Handeln gegen BR-Mobbing zur Diskussion. Er konnte praxiserprobte Antworten auf die Frage „Rechtliche Strategien – was tun?“ anbieten. Sie verdienen eine viel größere Beachtung im Bereich des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes als bisher.

Mit einer weiteren wichtigen Fragestellung – „Gegen BR-Mobbing – wie erfolgreich handeln?“ – befasste sich eine Podiumsrunde. Vertreterinnen und Vertreter der bundesweiten Vernetzung gegen BR-Mobbing tauschten ihre Erfahrungen in Zeiten der Pandemie aus. Sie suchten zudem nach Wegen zur noch besseren Zusammenarbeit auf bundesweiter Ebene.

In den Plenumsdiskussionen berichteten Teilnehmende sowohl über erschreckende Beispiele der Bekämpfung von Betriebsräten und gewerkschaftlich Aktiven als auch über die erfolgreiche Abwehr solcher Angriffe.

Eine einstimmig verabschiedete Entschließung kritisiert, dass für „Politik, Medien und Justiz die kriminellen Machenschaften der BR-Mobber und Gewerkschaftsfeinde in der Regel kein Thema“ seien. Auch gesellschaftspolitisch seien „die Folgen von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung verheerend. Das ‚Recht des Stärkeren‘ gilt zunehmend als ‚normal‘. Es verdrängt Grundrechte und Betriebsverfassungsgesetz.“

Organisiert wurde die Tagung vom Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ in Kooperation mit IG Metall Mannheim sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Baden-Württemberg, IG BCE Weinheim, OKG – „Organisieren-Kämpfen-Gewinnen“, Überbetrieblichem Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und workwatch Köln.

Am 16. Oktober 2021 soll die 8. Bundeskonferenz „BR im Visier“ in Mannheim stattfinden. ■



Plenum der Konferenz „Betriebsräte im Visier“ am 17. Oktober 2020 in Mannheim.

EntschlieÙung der 7. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier“

Grund- und Menschenrechte gelten auch für Betriebsräte!

Die „Corona-Krise“ nutzen Unternehmensleitungen skrupellos aus, um demokratisch gewählte betriebliche Interessenvertretungen und Gewerkschaften verstärkt zu bekämpfen. Dabei setzen sie oft firmenhörige „Betriebsräte“ auf engagierte BR-Mitglieder an, um diese fertigzumachen.

Für Politik, Medien und Justiz sind die kriminellen Machenschaften der BR-Mobber und Gewerkschaftsfeinde in der Regel kein Thema. Die Branche der „Unrechtsanwälte“ sieht sich dadurch in ihrem illegalen, aber sehr profitablen Treiben ermutigt.

Die zerstörenden persönlichen Auswirkungen dieser Angriffe auf Grund- und Menschenrechte sind bekannt. Sie ruinieren Gesundheit, soziales Umfeld und berufliche Existenz der betroffenen Kolleginnen und Kollegen.

Auch gesellschaftspolitisch sind die Folgen von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung verheerend. Das „Recht des Stärkeren“ gilt zunehmend als „normal“. Es verdrängt Grundrechte und Betriebsverfassungsgesetz. Die rücksichtslose Be- und Verhinderung von Betriebsräten, Personalräten und Mitarbeitervertretungen wird alltäglich. Meist sind damit Attacken auf die gewerkschaftliche Organisation und die Geltung von tarifvertraglichen Regelungen verbunden.

Aufgrund der verbreiteten politischen und juristischen Ignoranz dieser schwerwiegenden Rechtsbrüche trauen sich viele Engagierte be-

reits heute nicht oder nicht mehr, sich für ihre demokratischen Rechte einzusetzen.

Mit dieser sehr bedrohlichen Entwicklung befassen sich mittlerweile eine Reihe von gewerkschaftlichen Beschlüssen (IG Metall, ver.di, DGB ...). Dennoch kann ihre Umsetzung noch weiter verbessert werden. Vor allem wird von BR-Mitgliedern, die selbst oder in ihrem Umfeld BR-Mobbing erfahren, oft ein effektiver Widerstand vermisst.

Wir bekräftigen erneut unseren Mannheimer Appell gegen BR-Mobbing vom 11. Oktober 2014, und wir fordern den DGB und die Einzelgewerkschaften auf:

- alle Betroffenen schnell, spürbar und umfassend zu unterstützen
- Einsatzgruppen gegen BR-Mobbing zu bilden und wirksam werden zu lassen

- sowie massiv aktive betriebliche Gegenmacht zu fördern.

Unseren von BR-Mobbing betroffenen Kolleginnen und Kollegen rufen wir zu:

- Stärkt Eure betriebliche und überbetriebliche Organisation und Vernetzung!

Solidarität gewinnt!

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 7. bundesweiten Konferenz „Betriebsräte im Visier“ Mannheim, den 17. Oktober 2020

Plenumsdiskussion auf der Konferenz am 17. Oktober 2020 in Mannheim.



Foto: helmut-roos@web.de

Jetzt bestellen: Aufkleber der ISO Oberhausen/Duisburg

Bereits zu Beginn der Covid-19-Pandemie hat unsere Gruppe eine Aufkleberserie mit fünf verschiedenen Motiven entworfen.

Wir haben für diese Aufkleber Leitsprüche gewählt, die einen Bezug haben zur „Corona-Krise“.

Wobei die „Corona-Krise“ tatsächlich Teil der kapitalistischen Krise ist, wenn auch in einer für uns neuen Erscheinungsform.

Im Frühjahr war es gar nicht absehbar, wie lange es dauern würde, diese tödliche Pandemie zu überwinden. Wir hatten damals noch gehofft, dass es vielleicht nur wenige Monate sein werden.

Aus diesen beiden Gründen haben wir darauf geachtet, dass die Motive auch unabhängig von der Pandemie aktuell und wichtig sind.

Die Ergebnisse seht Ihr hier.

Wenn Euch die Aufkleber gefallen, könnt Ihr sie für kleines Geld bei uns bekommen.

Zehn Aufkleber zum Beispiel kosten 2 Euro, 15 Stück kosten 2,50 Euro, jeweils inklusive Versand. Bei größeren Mengen oder ohne Porto sinkt der Preis pro Stück.

Schickt einfach eine Email an info@iso-4-oberhausen.de und schreibt, wie viele und welche Aufkleber Ihr haben wollt. Dann sagen wir Euch, was es kostet und wie Ihr bezahlen könnt. ■



ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fördert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos über die ISO Oberhausen)

- FR, 11.12.20, 18:30 Uhr, Frauen-Plenum Oberhausen, Infos über info@frauen-plenum-ob.de
- FR, 16.12.20, 19:00 Uhr, Zoom-Gedankenaustausch „Wer, wenn nicht wir...“, siehe Seite 9, bei Interesse bitte mailen an info@iso-4-oberhausen.de
- MO, 04.01.20, 19:00 Uhr, Jitsi-Konferenz vom Aktionsbündnis „Oberhausen sattelt um“; siehe auch Seite 8
- DI, 05.01.21, 18:00 Uhr, Zoom-Konferenz vom Oberhausener Bündnis für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung; Infos über kontakt@gesundheitsbuendnis-ob.de

Impressum + Redaktion:

ISO Oberhausen/Duisburg
Vi.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46
Email: info@iso-4-oberhausen.de
Web: www.iso-4-oberhausen.de

Kontakt:

ISO / IV. Internationale Oberhausen
Postfach 10 01 25
D-46001 Oberhausen

